

ARBEITERM A C H T

ORGAN des KAMPFBUNDES zur Befreiung der Arbeiterklasse
Juli 1937 Preis 15 Groschen
Inhalt: Das Ergebnis der "Volks"front. Die Wahrheit über den Mord an Sinowjew. Das politische Gesicht der neuen Opposition in der Stalinpartei.

DAS ERGEBNIS DER "VOLKS"FRONT.

"Volks"front, "Volks"frontpolitik, das sind die neuen Namen für eine sehr alte Sache, nämlich für das Bündnis mit der Bourgeoisie (oder mit Teilen derselben), für die auf die Herstellung eines solchen Bündnisses ausgehende Politik, mit einem Wort für die Koalition, für die Koalitionspolitik. Es ist dies die Politik, die die SP in allen Ländern schon im Weltkrieg und erst recht nach dem Weltkrieg getrieben; es ist dies die Politik, womit die SP in Deutschland und Österreich das Proletariat in die Katastrophe geführt hat, wobei die Stalinpartei seit 1923 ihr die Mauer gemacht, ihr in die Hände gearbeitet hat es ist dies dieselbe Politik, die seit der Katastrophe von 1933/34 nun nicht nur die SP(RS), sondern jetzt auch die Stalinpartei in jedem Land treibt. Als sie die "Volks"front in Frankreich und Spanien aufzogen, da schrien sie hinaus in die ganze Welt, dass sei der Weg, das Proletariat aufwärts zu führen. Die Tatsachen haben gesprochen. Das Ergebnis liegt vor den Augen der Arbeiter.

I. In Spanien: Bilbao gefallen.

Wir müssen zurückgehen bis zum Juli 1936, da die monarchistisch-klerikalistisch-faschistische Rebellion losbrach. Wir müssen den Weg ins Auge fassen, auf dem sich die spanische "Volks"front vom Tage ihrer Geburt an bewegt hat, bis sie den heutigen Punkt erreicht hat, den Fall Bilbao.

Wie ein Mann haben sich die spanischen Arbeiter gegen die Rebellion erhoben: Ihr Kampfwille, ihr Mut, ihre Opferbereitschaft, sie können nicht übertroffen werden. Aus allen Ländern eilten viele tausende proletarischer Kämpfer zu Hilfe. Nicht die Arbeiterschaft hat den Niedergang der spanischen Revolution herbeigeführt, sondern diejenigen, die die proletarische Kraft vor den kapitalistischen Wagen spannten, indem sie das Bündnis mit der spanischen Linksbourgeoisie, die "Volks"front schlossen.

Um ihrer linksbürgerlichen Verbündeten Willen hat die SP/KP die proletarische Revolution preisgegeben, sind sie jeder proletarisch-revolutionären Bewegung entgegengetreten, entgegengetreten sogar mit den Waffen. Die POUM und die Anarchisten, in Illusionen befangen, haben die "Volks"front mitgemacht. Ein Rechtsruck nach dem andern, das sind die Etappen des "Volks"frontweges von Anfang bis heute.

Nachdem eine gewisse "Beruhigung" der proletarisch-revolutionären Kampfkraft der im höchsten Schwung befindlichen spanischen Massen vermittels der "Volks"front erzielt worden war, wurde zunächst die POUM aus der Regierung ausgeschaltet. Als auf diesem Wege die "Beruhigung" der Massen vermittels der "Volks"front wieder ein Stück vorgetrieben war, wurden die Anarchisten aus der katalanischen Regierung entfernt und die Entwaffnung der revolutionären Arbeiter Kataloniens begonnen. Als das genügend durchgeführt war, wurden die Anarchisten, ja sogar die Linksozialdemokraten aus

der Valenzia-Regierung ausgebootet und die Regierung Negrin gebildet, die ein Bündnis ist der Rechtssozialdemokraten, der Stalinpartei, die ja noch viele Kilometer weiter rechts steht, als selbst die allerrechtesten Sozialdemokraten, mit den Parteien der spanischen Industrie- und Handelsbourgeoisie. Jede durch die "Volks"front zwangsläufig herbeigeführte Schwächung der proletarisch-revolutionären Massenkraft wurde als immer weiterer Rechtsruck innerhalb der "Volks"frontspitze, innerhalb der "Volks"frontregierung, als kapitalistischer Machtgewinn öffentlich registriert. Jeder Rechtsruck wurde vollzogen unter der Losung: "Erstraffung der militärischen Kraft zum Sieg über die Rebellen!" - In Wirklichkeit wurde immer mehr erstrafft, gefestigt die Macht der Industrie- und Handelsbourgeoisie im republikanischen Spanien und immer mehr geschwächt die gesamte Position der spanischen Arbeiterschaft, der ausgebeuteten spanischen Massen überhaupt.

Die Francobanden waren und sind nur zu besiegen durch die Entfaltung der proletarischen Revolution in Spanien. Aber gerade das will nicht die spanische Bourgeoisie: Sie will ein kapitalistisches Spanien, in dem die gesamte Bourgeoisie herrschen soll, wohl nicht unter Führung der Grundbesitzer, wie es die Franco & Co wollen, aber unter Führung der Industrie- und Handelskapitalisten, wie es die Azana, Compan und Genossen wollen. Und auch die SP und Stalinpartei will nicht die proletarische Revolution, sondern arbeiten ihr bewusst und mit allen Mitteln entgegen. Gerade darum halten sie an der "Volks"front, an dem verräterischen Bündnis mit der Linksbourgeoisie fest. So wie diese, so will auch die SP/KP nichts als ein siegreiches Kompromiss der Linksbourgeoisie mit der Rechtsbourgeoisie auf Kosten der spanischen Massen, vor allem auf Kosten der spanischen Arbeiterklasse. Denn die Schwächung der revolutionären Schwungkraft der Massen wirkt sich aus als Schwächung der militärischen Kampfkraft der Republik. Der Fall Bilbaos beleuchtet bengalisch die Verräterrolle der SP(AS)/Stalinpartei.

II. In Frankreich: Blum gefallen.

Lasst euch nicht durch das Gerede über die "bedeutenden Einzelerfolge" blenden. Erstens waren das Küder sowie bei uns in Österreich 1918/20; zweitens hat die Bourgeoisie einen Grossteil davon mittels Preiserhöhung, Arbeitsintensivierung, Rationalisierung usw bereits wieder hereingeholt und drittens kann das die Bourgeoisie einmal wieder wegnehmen, so wie in Österreich seit 1934, denn den Staatsapparat der französischen Bourgeoisie hat SP/KP nicht angerührt.

Wie müssen die Arbeiter die Frage stellen, damit sie richtig urteilen, damit sie vom proletarischen Klassenstandpunkt urteilen?

So müssen sie fragen: Hat die "Volks"front in Frankreich das Kräfteverhältnis der Klassen zum Vorteil der Arbeiterklasse verschoben oder zum Vorteil der Kapitalistenklasse? So und nur so müssen die Arbeiter die Frage stellen!

Eine riesige aufsteigende Woge der Massenbewegung in Frankreich gab der SP/KP die grössten Möglichkeiten. Was haben sie daraus gemacht? Haben sie die Macht des Proletariats gesteigert oder haben sie der Bourgeoisie über eine kritische Phase hinweggeholfen und letzten Endes die Machtstellung der Bourgeoisie gefestigt? Nun sie taten genau dasselbe, was z.B. die Österreichische SP 1918-1920 tat: sie liessen den kapitalistischen Staatsapparat dem Wesen nach unangetastet; sie "beruhigten" die "aufgeregten" Massen, lullten sie ein, schwächten deren Kampfkraft; sie halfen so der Bourgeoisie über eine kritische Phase hinweg. Als der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, als durch die Koalitionspolitik die Arbeiterschaft schon etwas geschwächt war, da begann die Bourgeoisie das kapitalistische Steuer offen wieder nach rechts zu rücken. So auch jetzt in Frankreich. Nachdem die SP/KP in zwangsläufiger Folge ihrer verräterischen Bündnispolitik die Arbeitermassen bis zu einem gewissen Grad enttäuscht, ermüdet und die Mittelmassen beträchtlich enttäuscht haben, schiebt die Bourgeoisie ihren Lakaien Blum mit seinen Kumpanen etwas in den Hintergrund und stellt einen offenen kapitalistischen Steuermann an die Spitze.

Allein noch ist die Kampfkraft der französischen Arbeiter bei weitem nicht genügend zersetzt, also betreibt die Bourgeoisie zunächst weiterhin "Zusammenarbeit" mit der SP/KP, um mittels dieser die Arbeiterklasse weiter zu schwächen, so wie sie auch in Österreich nach 1920 zunächst die "Arbeitsgemeinschaft" mit der SP zu dem gleichen Zweck fortgesetzt hat; und so wie in Österreich die SP auch nach 1920 weiterhin Koalitionspolitik, "Volks"frontpolitik trieb und die Arbeiterschaft damit immer weiter schwächte, so setzen SP/KP auch nach dem Sturz Blums die Koalitionspolitik, ihre Verratspolitik fort und wird damit die Kampfkraft der französischen Arbeiterklasse weiter schwächen.

III. Die Position der SU geschwächt.

Erstens aussenpolitisch. Überall hat die "Volks"frontpolitik die Arbeiterklasse geschwächt, in allen Ländern, auch in Österreich, vor allem in Spanien und Frankreich. Zwangsläufig hat sich das gegen Sowjetrussland ausgedrückt; denn die internationale Geltung der SU als eines proletarischen Staates hängt entscheidend ab von der Geltung der internationalen Arbeiterklasse. So wurde und wird das Bündnis Sowjetrusslands mit Frankreich der französischen Bourgeoisie immer mehr ein Ball, mit dem sie nach ihrem Belieben spielt.

Stalins Kurs geht immer weiter nach rechts. Was proletarisch-revolutionär ist, sucht er anzuröten. Was gut bürgerlich ist, was für einen gut bürgerlich-monopolistischen Kurs unter Stalins Führung ist, das sammelt er. Aus der Emigration holt er antiproletarische, konsequent bürgerlich eingestellte Elemente nach Russland heim und empfängt sie mit den grössten Ehren, wie jüngst z. B. den Bourgeois Kuprin. Geht man nicht nach Worten, sondern nach Taten und vor allem nach Ergebnissen des stalinschen Tuns, so betreibt er auch im russischen Masstab-"Volks"frontpolitik, d. h. eine Politik, die auf das Bündnis mit einer monopolistisch eingestellten Sowjetbourgeoisie ausgeht, deren Herausbildung Stalin zugleich Zeit mit allen Mitteln fördert.

Die letzten spärlichen Reste der Oktoberrevolution werden dadurch aufs Äusserste gefährdet, das schlägt so sinnfällig in die Augen, dass die schon längst von tiefster Unzufriedenheit mit ihrer Lage erfüllten Arbeitermassen immer mehr in Gärung geraten, was sich bis zu einem gewissen Grade auch auf Teile der Sowjetbürokratie fortpflanzt.

Zugleich suchen die sich aus der Stalinbürokratie heraus und um sie herum bildenden Elemente einer neuen (monopolistischen) Bourgeoisie die immer kritischer werdende Lage auszunützen, um die Dinge noch viel weiter zu treiben. Sie wollen der stalinschen Verratspolitik einen entscheidenden und vor allen endgiltigen Abschluss geben durch blutige Abrechnung mit der Arbeiterklasse, wozu sie sich auch ihres, letzten Endes doch schwankenden, weil bis zu einem gewissen Grade doch auf die Arbeiterklasse angewiesenen Wegbereiters, des Oberjudas Stalin, entledigen müssen.

Mit tödlichen Hieben nach allen Seiten um sich schlagend, sucht der sich immer mehr selbstisolierende Stalin seine Position zu behaupten, indem er alle aus dem Wege räumt, die ihm irgendwie gefährlich sein könnten. Die Unsicherheit im Stalinapparat wächst, es wachsen die inneren Spannungen, Erschütterungen überhaupt. So wird durch die Stalinpolitik, durch das Stalinregime die Sowjetunion innen und dadurch weiterwirkend auch nach aussen geschwächt. Nur die Wiederherstellung der leninschen Sowjetdemokratie unter Ausschaltung des Gangsters Stalin öffnet den Weg aus dieser schweren Krise.

IV. Die Wegbereiter des Faschismus.

Überall wohin wir schauen, in allen Ländern führt die Politik der Stalinpartei/SP(RS) zur Stärkung der Bourgeoisie, zur Festigung der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung. Gegenwärtig, da -insbesondere infolge der Rüstungskonjunktur - die kapitalistische Wirtschaft prosperiert, die Kapitalisten Riesenprofite einstreichen und Stalinpartei/SP(RS) mit-helfen, das Proletariat vom "Stören" des kapitalistischen Profitfeldzuges möglichst abzuhalten, denkt der noch bürgerlich-demokratisch gebliebene Teil der Weltbourgeoisie umso weniger daran, (unmittelbar) zum Faschismus zu greifen, als er damit rechnet, SP(RS)/Stalinpartei in dem nahenden zweiten imperialistischen Weltkrieg dem (demokratisch) imperialistischen Wagen vorzuspannen.

Diese, durch den vorübergehenden wirtschaftlichen Aufschwung, vorübergehend herbeigeführte Schwächung der faschistischen Welle darf die Arbeiter nicht täuschen. In Wahrheit bereiten SP(RS)/Stalinpartei überall dem Faschismus den Weg. Das wird sich deutlich zeigen, bis die Konjunkturwelle vorbei ist, bis die nächste gewaltige Krisenwoge heranbraust und die Bourgeoisie - da inzwischen SP(RS)/Stalinpartei infolge ihrer immer mehr mit den Händen zu greifenden Verratspolitik grosse Teile ihrer Massengefolschaft verloren haben wird - den faschistischen Kurs einschlägt.

V. Und in Österreich?

Es ist hier wie überall. Auch in Österreich betreiben RS(SP)/Stalinpartei Koalitionspolitik, Politik ausgerichtet auf die Herstellung des Bündnisses mit gewissen kapitalistischen Schichten wie Kleinkapitalisten, Mittelkapitalisten, Fertigwarenfabrikanten, kapitalistischen Rentnern, Grossbauern, Mittelbauern. Auch die österreichischen Kapitalisten heims

schwellige Riesenprofite ein. Dennoch steigen die Löhne nicht, ja die Unternehmer in Österreich sind auch heute noch immer in der Lage, die Hungerlöhne sogar weiter abzubrockeln. Die koalitionsflüsternde Grundeinstellung der RS(SP)/KP ist das entscheidende Hemmnis der unumgänglich notwendigen Mobilisierung zum Kampf um die Lösung: Mehr Lohn!

Der Faschismus gewinnt an Boden in Österreich. Reichsdeutsche national-"sozialistische" Blätter betreiben hier planmäßig antikommunistische, antisozialistische, antirevolutionäre, antiproletarische, profaschistische Propaganda vollkommen legal unter Duldung, ja Förderung durch das "vaterländische Regime". Vermöge ihrer Koalitionspolitik sind RS(SP)/Stalinpartei tatsächlich eine Hauptstütze des "vaterländischen Regimes". Mit dem Maul poltern sie vom "Kampf gegen den Faschismus" - in Wirklichkeit be-reiten RS(SP)/Stalinpartei auch in Österreich dem Faschismus nach wie vor die Bahn. Nur auf Kosten der gesamten Bourgeoisie ist den Arbeitermassen und den armen Mittelmassen ernstlich zu helfen. Nur durch ernstliche Hilfe den notleidenden Masse, ist der Faschismus wirksam zu bekämpfen; nur durch Kampf gegen die g e s a m t e Bourgeoisie ist der Faschismus zu besiegen; Wer aber mit der Bourgeoisie oder auch nur mit einem Teil derselben das Bündnis sucht, der arbeitet vermöge dieser Politik -was immer seine Absicht sein möge - der Wirkung nach zwangsläufig dem Faschismus in die Hände. Die Helden der Koalitionspolitik, der "Volks"frontpolitik sind tatsächlich die Wegbereiter des Faschismus.

VI. Vorwärts zur proletarischen Klassenpartei!

Warum halten SP(RS)/Stalinpartei an einer Politik weiterhin fest, die immer wieder die Arbeiterschaft in Niederlagen führt? Etwa aus Irrtum? Nein! Die SP betreibt diese Politik seit 1918, streng genommen seit 1914 - die Stalinpartei seit 1923 (schon seit 1923 machte sie durch ihre ultralinksmenschewistische, später zentristische Politik der Koalitionspolitik der SP tatsächlich die Mauer): Wer 15-20 Jahre an einer politischen Grundlinie festhält, trotz aller Katastrophen, die sie für die Arbeiterschaft zur Folge hatte, der irrt nicht!

Jede Klasse, jede Klassenschicht treibt die Politik, die ihren Interessen entspricht. SP(RS)/Stalinpartei treiben ihre die proletarische Revolution, das Weltproletariat verrätende Politik weiter, weil sie in Wirklichkeit keine proletarische Parteien sind, keine Parteien der Arbeiterklasse, sondern parasitische Parteien der verkleinbürgerlichten Arbeiter-bürokratie und Arbeiteraristokratie, die die Kampfkraft der Massen ausnützen, um für ihre eigensüchtigen Zwecke herauszuschlagen.

Blickt heute z.B. nach Frankreich! Da wird nicht nur Blum emporgehoben, sondern viele tausende Arbeiterbürokraten, Arbeiteraristokraten kamen da zu ehrenvollen, einflussreichen, sehr einträglichen Posten, Stellungen aller Art und vermöge ihres Einflusses haben sie zehntausende ihrer Söhne, Töchter, Brüder, Schwestern, Schiegersöhne, Schwiegertöchter, Neffen, Nichten usw. aber auch gute Bekannte, die vortrefflich "revolutionäre" Phrasen zu drehen verstehen, aber nichts anderes im Sinne haben, als für ihre Person hochzukommen und schön zu verdienen, in möglichst gehobene, einträgliche Stellungen im kapitalistischen Staatsapparat, in der kapitalistischen Wirtschaft und nicht zuletzt in dem sich immer mehr zu einem tönnernen Koloss aufblühenden bürokratischen Apparat von Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft untergebracht. Diese, ihre egoistische Vorteile, sich zu erhalten, womöglich gar auszubauen, das ist "Anteil an der (kapitalistischen) Macht (und Schlüssel)" zu "erobern", festzuhalten, möglichst auszugestalten, dem dient der ganze "Kampf um die Macht" der SP(RS)/Stalinpartei. Ihr "Sozialismus" ("Kommunismus"), das ist ihr egoistischer Vorteil, den sie zu erzielen suchen und erzielen, indem sie der Bourgeoisie auf dem Wege der "Zusammenarbeit" mit ihr (oder mit Teilen derselben) die Preisgabe der proletarischen Klasseninteressen in für die Kapitalistenklasse besonders gefährlichen Situationen gegen entsprechenden Judaslohn (eben für jene Vorteile) anbieten und durchführen. Selbstverständlich wird der Judaslohn letzten Endes gezahlt aus den Taschen der Massen.

Genau so war es in Deutschland und Österreich nach 1918. Was die RS(SP)/Stalinpartei heute wollen, ist genau dasselbe: sie wollen Mitanteil haben an der kapitalistischen Beherrschung und Ausbeutung der Massen, als Preis dafür bieten sie an und wollen sie liefern die "aufgeregten" Arbeiter in besonders "aufgeregten", den Kapitalisten gefährlichen Lagen, in "Ruhe" zu halten.....

Lasst euch nicht durch ihre "rrrrrevolutionäre" Redereien und Schreiberischen tHuschen! Arbeiter, ihr habt schon über und übergenug daraufgezählt! Ihr müsst nachdenken, prüfen, überprüfen, gründlich prüfen, ihr müsst den Dingen bis auf den Grund gehen! Urteilt nicht nach bloßen Worten, sondern **vergleicht die Worte mit den Taten und vor allem vergleicht die Worte und die Taten mit den tatsächlichen Ergebnissen** der Politik der RS(SP)/Stalinpartei vom Standpunkt der proletarischen Revolution, vom Standpunkt der Arbeiterklasse.

In Wahrheit hat die Arbeiterschaft heute keine proletarische Führung! Was sich unter dem Titel der RS(SP) als "sozialistische", unter dem Titel (stalinsche) KP als "kommunistische" Partei ausgibt, sind in Wirklichkeit Führungsorganisationen der verkleinlichten Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie zum Ausschmarotzen der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterschaft hat heute keine Arbeiterpartei, sie hat darum auch keine proletarische Führung, sie steht in Wahrheit führungslos da und eben darum ist der kapitalistische Klassenfeind imstande, alle proletarischen Anstrengungen immer wieder zu erledigen, zu durchkreuzen, ja zumeist schon im Keime zu ersticken. Die Arbeiter müssen sich das, was ihnen heute vor allem fehlt, erst schaffen: die Führung, das ist die proletarische Revolutionspartei.

Arbeiter erkennt die Notwendigkeit der Schaffung der proletarischen Klassenpartei, hilft mit, sie zu schaffen!!!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

DIE WAHRHEIT ÜBER DIE MORDE AN SINOWJEW.

Trotzkys Sohn Sedow hat ein Rotbuch über den Sinowjewprozess veröffentlicht, das mit grosser Censur in unsere Hände gelangt ist. Wer das wahre Gesicht des mörderischen Lumpen Stalin und seiner Kumpane erkennen will, der lese diese aufschlussreiche Schrift. Wir müssen uns bei unserem knappen Raum auf die Wiedergabe der folgenden wichtigsten Ergebnisse der sedowschen Untersuchung beschränken:

1. Sinowjew, Kamenjew und Genossen haben sich zu jenem "Geständnis" letzten Endes hergegeben, weil der Bandit Stalin sie vor die Wahl stellte, entweder "Geständnis" - oder sofortiger Tod. Sie waren durch all das, was sie der Bandit erdulden liess vollkommen zermürbt, doch haben sie nicht aus Feigheit so gehandelt; sie sahen in den unwarhnen "Geständnissen" den einzigen Weg, ihr Leben zu erhalten und darin zugleich die einzige Möglichkeit, sich später einmal von den schändlichen Verleumdungen, mit denen sie des Banditen "Anklage" besudelte, zu reinigen.

2. Nachdem er von den Zermürbten das Kompromis ergangstert hatte: ihr gebt das "Geständnis", dafür bleibt euch das Leben - liess Gangster Stalin, sobald er das "Geständnis" einmal im Sack hatte, sie glatt erschiessen....

3. Um Sinowjew und Genossen zu "überführen", hatte Stalin sie zusammengespannt mit Agenten der GPU, die sich als Gestapoagenten ausgaben, denen er für diese Judastat grosse Belohnung in Aussicht stellte; nachdem die Judasse diesen Dienst (mit welchen Erfindungen die Judasse gearbeitet haben, kann jeder in Sedows Rotbuch lesen) liess Gangster Stalin auch seine Judasgehilfen schleunigst hinrichten, damit sie niemals mehr reden können..

4. Seine Methode der "Geständnisse" hat Stalin mit vielen anderen versucht. Alle diejenigen, die im trotz aller noch so grausamen "Massagen" nicht draufeingingen, liess er ohne weiters erschiessen, sie waren untaugliche Objekte für seine Schauprozesse.

5. Warum aber liessen die Piatakoff und Genossen sich in dieselben tödlichen "Geständnisfälle hereinmassieren", nachdem sie den Ausgang des selben "Kompromisses" bereits bei Sinowjew und Genossen gesehen haben? - Weil sie längst schon gefangen sassen und von all dem, was aussen vorging, also auch von dem ganzen Schicksal der Sinowjew und Genossen nicht die geringste Ahnung hatten!..... (Tuchatschewsky und Genossen wurden in nichtöffentlichem Verfahren verurteilt, ihre angeblichen "Geständnisse" sind also zumindest fragwürdig; ob sie links her oder wie Stalin es darstellt von rechts her kamen, diese Frage können wir auf Grund unserer derzeitigen Information noch nicht beantworten; jedenfalls darf man dem, was darüber der Strolch Stalin sagt oder sagen lässt, nicht im geringsten vertrauen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Leset und studiert die vom KAMPFBUND herausgegebene Broschüre: INTEGRALER SOZIALISMUS- EIN NEUER WEG? Antwort an Otto Bauer von Ernst Schmied 40Gr.

Briefkasten. R-K Genosse: Noch einmal sei klargestellt: Überall, wo die Gruppen Trotzky's der SP beitraten, machten sie als Ganzes, als ganze Organisation diesen damit opportunistischen Schritt! Stünde Trotzky auf dem Standpunkt, dass die unbedingt politisch und organisatorisch selbständig und unabhängig verbleibende Organisation (Gruppe, Partei) einen Teil ihrer Genossen, einzelne oder selbst eine Gruppe, in die kleinbürgerlichen oder zentristischen Parteien entsenden müsse, wobei die Arbeit dieses Teiles (Fraktion) von der unbedingt ausserhalb verbleibenden revolutionären Organisation geleitet würde - dann bliebe so das Prinzip der politisch-organisatorischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der revolutionären Organisation durchaus gewahrt und könnte nicht vom Opportunismus Trotzky's in dieser entscheidenden Frage gesprochen werden! Dann - und nur dann - hängt es von taktischen Erwägungen ab, wann, wo, bei welcher Lage usw. die unbedingt selbständig ausserhalb verbleibende revolutionäre Organisation einzelne Genossen oder einen Teil, eine Gruppe von Genossen in die kleinbürgerlichen oder zentristischen Parteien schickt. Aber so handelt und handelt Trotzky nicht! Im Gegenteil: sein Handeln steht im schroffstem Widerspruch dazu: er opfert den prinzipiellen Standpunkt, indem er überall die ganze Organisation der SP beitreten liess (Frankreich, Amerika etc.).

Freilich: bevor er diesen opportunistischen Schritt tun konnte, musste er seine Organisationen zuerst noch zerschlagen! Überall wurden jene ausgeschlossen, abgespalten, die sich gegen das Preisgeben der politisch-organisatorischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der revolutionären Organisation wandten. Diese abgespaltenen Teile kämpften weiterhin für die IV. Internationale, aber auch gegen den Opportunismus Trotzky's, der den Kampf für die IV. Internationale nur erschwert!

Lass dich also nicht beirren: wenn sich die Trotzkyisten darauf berufen sollten, dass Teile ihrer Organisationen ausserhalb der SP blieben, den Eintritt also nicht mitmachten, selbständig blieben - dann berufen sie sich auf die von ihnen Ausgeschlossenen, Abgespaltenen! Eine solche Berufung wäre allerdings grotesk! Wenn sie Euch aber sagen: Nun, wir haben ja unsere internationale Organisation, die nicht beigetreten ist, die selbständig ausserhalb der SP verblieben ist, dann erinnert sie an das, was Trotzky selbst über Stalins Verbrechen an der KP Chinas schrieb (Stalin schickte die chinesische KP in die bürgerliche Kuomintang):

"Wenn die Menschewiki im Jahre 1905 und später Miljukow unterstützten, so traten sie doch immerhin nicht in die liberale Partei ein. Wenn die Menschewiki im Jahre 1917 Hand in Hand mit Kerenski gingen, so behielten sie doch ihre eigene Organisation bei. Die Politik Stalins in China war eine böse Karikatur sogar auf den Menschewismus".

Das schrieb Trotzky 1930 ("Die permanente Revolution" Seite 35), mit vollem Recht das Hineinschicken der KP Chinas in die Kuomintang durch Stalin aufs schärfste geiseln! Und doch bestand damals noch die Komintern als internationale Organisation ("ausserhalb der Kuomintang")! In den obigen Sätzen hat Trotzky das Prinzip der organisatorischen und politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der revolutionären Organisation aufs deutlichste ausgesprochen. Im Gegensatz zu ihm halten wir an diesem Prinzip fest und vergessen nicht, was er selbst (ebenfalls "Die permanente Revolution" Seite 43) über den Opportunismus schrieb: dass "Opportunismus in der Politik umso gefährlicher ist, je verschleierterer auftritt und je grösseres persönliches Ansehen ihn deckt".

Deine Meinung ist insofern wertvoll, als sie einen, wenn auch noch unzulänglichen, so doch ersten Schritt zur beginnenden Klärung innerhalb der RK signalisiert. Die RS Agenten innerhalb der RK arbeiten planmässig, zielbewusst darauf hin, die RK in die RS hinüberzuleiten, das heisst tatsächlich zu liquidieren. Aber die ersten Zweifel in den ehrlich revolutionär gestimmten Elementen innerhalb der RK sind bereits erwacht. Die RS Agenten sehen sich daher gezwungen, ihre liquidatorischen Pläne mit immer frecherem Lug und Trug zu bemänteln. Die trotzkistische Organisation in Frankreich ist seinerzeit in ihrer Gesamtheit in die SPF eingetreten. In der trotzkistischen Organisation von Amerika war ein Drittel der Mitgliedschaft gegen Trotzky's Opportunismus, gegen die Preisgabe der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Organisation (der Kommunistischen Liga Amerikas), gegen deren Eintritt in die amerikanische SP. Die Zweidrittelmehrheit schloss ein Drittel der Mitgliedschaft, die für die Aufrechterhaltung der selbständigen Organisation auftraten, aus der Liga aus und trat,

l e s t u n d s t u d i e r t
die vom K A M P F B U N D zur Befreiung der Arbeiterklasse heraus-
gegebene Schrift:

DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GRUNDSATZE
DES PROLETARISCH-REVOLUTIONÄREN KAMPFES I

Bisher sind folgende Hefte erschienen: Heft I. Klasse, II. Staat, III. Partei,
IV. Der dialektische Materialismus, V. Die revolutionäre Strategie und Tak-
tik, VI. Herausbildung der proletarischen Klassenpartei zur Führung des
proletarischrevolutionären Kampfes, VII. Das Erobern der Massen für die
proletarische Diktatur.... (Die weiteren Hefte sind bereits im Druck)
Preis jedes Heftes 60 Groschen, erhältlich bei unseren Kolporteuren.

~~WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE IN DER STALINPARTEI~~
~~WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE IN DER STALINPARTEI~~

DAS POLITISCHE GESICHT DER NEUEN OPPOSITION IN DER STALINPARTEI.

Der Übergang der Stalinparteien zum Sozialpatriotismus, die Stalinmorde,
das immer sinnfälliger in die Augen schlagende Versagen der "Volks"front-
politik vor allem in Frankreich und Spanien, die offenkundige Unfähigkeit
der Stalinpartei (übrigens auch der RS/SP), die Massen gegen das Regime in
Bewegung zu bringen, all dies hat eine neue Oppositionswelle in der KP her-
vorgerufen. Dass sich die neue Oppositionsbewegung gegen die "Volks"front-
politik - wenn auch erst sehr unklar und sehr unzulänglich - zu wenden
beginnt, ist ein politischer Beweis, dass es sich der Basis nach um die Be-
wegung gesunder, ehrlich revolutionär gestimmter Elemente handelt, die in
richtigem politischen Instinkt den Weg nach links suchen, in der Richtung
auf die proletarische Revolution.

Auf dem Rücken dieser neuen Oppositionswelle ist eine Klique alter
Rechtselemente und ultralinksmenschewistischen Elemente gesprungen; sie
haben ein Bündnis geschlossen, um für ihre höchst persönlichen Zwecke
diese sich nach links bewegende Oppositionswelle auszunützen, sie oppor-
tunistisch umzubiegen, nach rechts abzubiegen und dafür gut bezahlte Pos-
ten von den Stalin & Co zu ergattern. Das werden wir nachfolgend an der
Hand der von dieser brandleristisch-ultralinksmenschewistischen Clique
herausgegebenen Monatsschrift "Ziel und Weg" politisch beweisen. (Wir zi-
tieren nach Nr 4/5 dieser Zeitschrift).

I. DAS VERHÄLTNIS ZUM KAPITALISTISCHEN KLASSENFEIND.

Das Verhalten zum kapitalistischen Klassenfeind ist die grundlegen-
de Frage des proletarischrevolutionären Kampfes überhaupt. Zur Bourgeoisie
gibt es für die proletarische Partei - unter entwickelten kapitalistischen
Bedingen - nur das Verhältnis des unversöhnlichen Kampfes, das ist das
marxistische Klassenkampfprinzip, dieses ersten unter allen Grundsätzen
des Marxismus.

In Worten anerkennt jene Clique die Unversöhnlichkeit dieses Klas-
sengegensatzes (Seite 22), in Worten fordert sie "unerbittlichen Kampf
gegen die eigene Bourgeoisie!" (Seite 9); in der Tat aber ist sie grund-
sätzlich für die "Volks"front, für die "Volks"frontpolitik, also
für das Bündnis mit Teilen des Klassenfeindes, für die auf Herstellung
dieses verräterischen Bündnis ausgehende Politik der Stalinpartei, der
Stalininternationale, der Stalin & Co.

"Keinesfalls aber können wir heute mit den Parteien der Bourgeoisie
auf längere Zeit einen gemeinsamen Weg gehen", schreibt die Clique (S.37).
Gemeinsamen Weg gehen mit Parteien (oder Schichten) der Bourgeoisie, das
heißt mit Teilen des Klassenfeindes tatsächlich im Bündnis stehen oder
auf ein solches verräterisches Bündnis ausgehen. Was die Clique "für
längere Zeit" als unzulässig erklärt, das bezeichnet sie grundsätzlich
als zulässig "für eine bestimmte Zeit" (Seite 13),
wobei das Judasbündnis, die verräterische Bündnispolitik verlogen als
"scheinbarer paralleler Verlauf der Taktik" oder das "scheinbar gleiche
augenblickliche Taktik" ausgedrückt wird (Seite 13).

"Wir stimmen mit der Partei darin überein, dass es eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben der österreichischen Arbeiterklasse ist, das Land (das kapitalistische "Land"!...) vor dem Hitlerfaschismus zu bewahren und der offenen oder versteckten Anschlusspropaganda Widerstand zu leisten", heisst es weiter (S.13). In dieser Situation sei die "Volks"-front, die "Volks"frontpolitik unvermeidlich, denn: "Die Arbeiterklasse und auch Schichten aus dem bürgerlichen Lager sind gegen die Gleichschaltung Österreichs, gegen Anschluss Österreichs an die braune Hölle. Sektiererisch wäre es nun von seiten des Proletariats und seiner Führung (der Kommunistischen Partei), diese Tatsache zu übersehen und darauf zu verzichten, die vorhandenen Gegensätze im Lager der Bourgeoisie in Rechnung zu stellen und auszunützen" (S.13).

Ein Bündnis mit einer anderen Klasse, Schichte, Partei ist grundsätzlich zulässig nur, wenn diese Klasse, Schichte, Partei mit der Arbeiterklasse gewisse, wenn auch nur vorübergehende, gemeinsame Interessen hat. Man darf sich durch bloße Worte nicht täuschen lassen. Besonders bei negativen Losungen, wie "Gegen den Faschismus!", "Gegen die Gleichschaltung Österreichs!", "Gegen den Anschluss Österreichs an die braune Hölle!", muss man genau prüfen, was positiv hinter dieser Losung steckt:

a) Im Munde der nazifeindlichen bürgerlichen Schichten bedeutet diese negative Losung positiv: offene kapitalistische Diktatur in Österreich, die unabhängig ist vom deutschen Imperialismus!

b) Im Munde der verräterischen Stalinpartei/RS(SP) bedeutet diese negative Losung positiv: Demokratisch verhüllte kapitalistische Diktatur in Österreich, die der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie einen gewissen Anteil an der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung gibt auf Kosten der Arbeiterklasse!

c) Im Munde des Proletariats, der proletarischen Partei bedeutet diese negative Losung positiv: Gegen jede kapitalistische Diktatur in Österreich, auch gegen die demokratisch verhüllte kapitalistische Diktatur, für die revolutionäre Diktatur der Arbeiterklasse im Bunde mit den armen kleinbuerlichen, kleinbürgerlichen Millionenmassen, die nicht ausbeuten, sondern selbst ausgebeutet werden!

Hinter den negativen gleichlautenden Losungsworten stehen positiv in Wirklichkeit verschiedene Interessen verschiedener Klassen, Klassen-schichten!

Zwischen a und b (nazifeindlichen bürgerlichen Schichten und verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie) besteht das gemeinsame Interesse, dass beide für die kapitalistische Diktatur sind (a: für die offene, vaterländische, vom deutschen Imperialismus freie) (b: für die demokratisch verhüllte, vom deutschen Imperialismus freie kapitalistische Diktatur in Österreich). Dieses gemeinsame Interesse von a und b kann nur befriedigt werden auf Kosten von c (der Arbeiterklasse). Wie immer es die Stalinpartei/SP(RS) ihrer Absicht nach meinen, der Wirkung nach führt ihr "Kampf gegen den Faschismus" zu einer fortgesetzten Schwächung der proletarischen Gesamtposition, zu einer fortgesetzten Stärkung, Festigung des ganzen kapitalistischen Herrschafts- und Ausbeutungssystem. Das Bündnis mit kapitalistischen Schichten (die Koalition, die "Volks"front usw.), die auf dieses Bündnis ausgehende Politik (die Koalitionspolitik, die "Volks"frontpolitik usw.) zwingt sie, die proletarischen Klasseninteressen immer wieder tatsächlich preiszugeben, der proletarischen Revolution tatsächlich entgegenzuarbeiten, das Kräfteverhältnis der Klassen immer wieder zum Nachteil der Arbeiterklasse, zum Vorteil der Kapitalistenklasse zu verschieben. Kommt die faschistische Diktatur in ernste Gefahr, so rückt die Kapitalistenklasse ihren linken Flügel, die Linksbourgeoisie nach vorne, die mit Hilfe der kleinbürgerlichdemokratischen Judasparteien wie SP(RS)/Stalinpartei - solange diese über Massengefolschaft verfügen - den Wechsel von der offenen zur demokratisch verhüllten Diktatur vollziehen. Im weiteren Verlauf müssen die Judasparteien die von ihnen verratenen Massen zwangsläufig enttäuschen. Um über die nächste grosse Krise hinwegzukommen, rückt die Kapitalistenklasse wiederum ihren rechten Flügel nach vorne, die Rechtsbourgeoisie, die den Formenwechsel von der demokratisch verhüllten zur offenen kapitalistischen Diktatur vollzieht. Der kleinbürgerlichdemokratische "Sieg über den Fa -

schismus" - ein höchst vorübergehender "Sieg" - ist in Wirklichkeit ein Sieg der Linksbourgeoisie, letzten Endes der Gesamtbourgeoisie, die sich in bestimmten kritischen Situationen der kleinbürgerlichdemokratischen Verratsparteien bedient, um die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung als System trotz grösster revolutionärer Gefahr durch eine blose Änderung der Form der kapitalistischen Diktatur zu behaupten. Die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie wird von der Bourgeoisie schliesslich immer wieder mehr oder weniger unsanft zurückgestellt, aber nur für eine gewisse Übergangszeit; während der Bündniszeit bestehen sie beträchtlichen Judaslohn, während der Übergangszeit (unter der offenen kapitalistischen Diktatur), wo sie zurückgestellt sind, müssen sie einen Teil davon aufopfern, dann aber kommt wieder eine neue Bündniszeit mit reichlichem Judaslohn und sofort. -

Zwischen c und a (Proletariat und nazifeindlichen bürgerlichen Schichten) fehlt - unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen - zu einem Bündnis die Grundvoraussetzung: das Vorhandensein von gemeinsamen, wenn auch nur vorübergehenden Interessen. Die Arbeiterklasse, die proletarische Partei will, muss wollen die Beseitigung jeglicher kapitalistischer Diktatur (auch der emokratischverhüllten), die nazifeindlichen bürgerlichen Schichten aber wollen die kapitalistische Diktatur, und zwar sogar die offene kapitalistische Diktatur in Österreich, in einer vom deutschen Imperialismus unabhängigen Form. Wer auf solches Bündnis hin arbeitet, wer die Arbeiterklasse zur tatsächlichen Unterstützung der nazifeindlichen bürgerlichen Schichten führt, sei es auch nur zur aktiven Unterstützung mittels passiven Verhaltens, mit einem Wort, wer Koalitionspolitik, "Volks"frontpolitik treibt, der liefert die Arbeiterschaft dem kapitalistischen Klassenfeind aus, der verrät die Arbeiterklasse. - Selbstverständlich müssen die kapitalistischen Differenzen zugunsten der Arbeiterklasse, zugunsten des proletarischrevolutionären Kampfes ausgeglichen werden, insbesondere die Differenz innerhalb der Bourgeoisie über die Frage der national"sozialistischen" Diktatur. Dies ist aber unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen grundsätzlich unmöglich durch Bündnis mit der Bourgeoisie, durch Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie, durch auf solches Bündnis ausgehende Politik, sondern ist möglich einzig und allein durch konsequenten Kampf der Arbeiterklasse gegen die gesamte Bourgeoisie, durch Bündnis mit den armen kleinbürgerlichen, armen kleinbürgerlichen Massen, das ebenfalls einzig und allein im Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie zu verwirklichen ist (siehe Näheres im Artikel "Das Ausnützen der kapitalistischen Differenzen" im Aprilheft der "ARBEITERMACHT", sowie im Artikel "Gibt es gemeinsame Interessen zwischen Proletariat und Linksbourgeoisie?" im Juniheft der "ARBEITERMACHT"). -

Zwischen c und b (Proletariat und verkleinbürgerlichter Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie) besteht das gemeinsame Interesse, dass beide die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie (der demokratisch verhüllten kapitalistischen Diktatur) wollen, mit dem Unterschied, dass dem Proletariat, der proletarischen Partei der Kampf dafür ein taktisches Mittel ist, um die Massen zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur zu mobilisieren, während die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie (der Partei: die RS(SP)/Stalinpartei) diesem Ziel tatsächlich entgegenarbeitet (was sie durch heuchlerische Phrasen zu bemühen suchen) und in Wirklichkeit tatsächlich nichts wollen, als die kapitalistische Demokratie. Zwischen der proletarischen Revolutionärpartei (den proletarischen Revolutionären) und der RS(SP)/Stalinpartei ist also ein Bündnis möglich, ja notwendig: dieses Bündnis allein ist die proletarische Einheitsfront (das Bündnis zwischen RS(SP)/Stalinpartei ist kleinbürgerliche Einheitsfront, weil auf die Herstellung des Bündnisses mit dem linken Flügel der Kapitalistenklasse, mit den linken Kapitalisten, mit der Linksbourgeoisie ausgerichtet); nur die proletarische Einheitsfront dient dem wirksamen Kampf gegen den Faschismus, dieses Bündnis allein erkämpft die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie und führt diesen bis zur äussersten Konsequenz durch, wo sie umschlägt in die Diktatur des Proletariats und der armen kleinbürgerlichen, kleinbürgerlichen Schichten. Doch gerade dem arbeiten RS(SP)/Stalinpartei entgegen, die Judasparteien wollen sich von der Linksbourgeoisie nicht lösen. Die proletarische Einheitsfront kann nur hergestellt, erzwungen werden, indem

die proletarische Revolutionspartei den Druck der Massen fortgesetzt steigert, bis zu dem Punkt, wo SP(RS)/Stalinpartei die "Volks"front, die "Volks"frontpolitik (und wie immer sich diese Verratspolitik nennt) aufgeben müssen, wenn sie nicht die ihnen noch folgenden Massen an die proletarische Revolutionspartei verlieren wollen.

Die "Volks"front, die "Volks"frontpolitik, jede Art von Koalitions - politik ist Verrat an der Arbeiterklasse, an der proletarischen Revolution.

Der demagogische Kniff der Bankrotteure.

Halten wir fest: Sie sind grundsätzlich für die "Volks"front, für die "Volks"frontpolitik; doch da sich die Oppositionswelle der gesunden Mitgliederlemente mit richtigem proletarischen Instinkt dagegen zu wenden beginnt, so tut die Klique so, als sei auch sie dagegen. Also schlägt die Klique mit "rrrrrevolutionären" Donnergepolter auf den Tisch und verlangt von der spanischen KP, sie möge durch eine revolutionäre Politik das Kampfbündnis mit den Anarchisten stärken (Seite 4), sie möge einen proletarischen Staatsapparat (S 23), sie möge die Grossgrundbesitzer enteignen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital entreissen, alle Produktionsinstrumente in der Hand des Proletariats zentralisieren, die kapitalistische Unterdrückung Marokkos zertrümmern usw (S 25) und von den "Parteien der französischen Arbeiterklasse", inbegriffen der KPF verlangt sie eine "marxistische Strategie" "zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates" (38).

Die spanische KP steht im Bündnis mit der Linksbourgeoisie (das eben ist die "Volks"front); die Klique billigt das; das Bündnis mit dem linken Teil der Bourgeoisie macht der KP Spaniens proletarischrevolutionäre Politik absolut unmöglich, denn beim geringsten Schritt nach dieser Richtung würde der linkskapitalistische Verbündete das Bündnis (die "Volks"front) sofort sprengen. Die nichtrevolutionäre, antirevolutionäre Politik der spanischen KP ist also die unvermeidliche, zwangsläufige Folge der "Volks"front.

Die französische KP steht im Bündnis mit der Linksbourgeoisie (mit den kleinen und mittleren Kapitalisten, mit den Grossbauern, diesen Dorfbourgeois) - eben das ist die "Volks"front; die Klique billigt das; das Bündnis mit der linken Bourgeoisie macht der KP Frankreichs die marxistische Strategie zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates absolut unmöglich, denn beim geringsten Schritt nach dieser Richtung würde der linkskapitalistische Verbündete das Bündnis (die "Volks"front) sofort sprengen: Die nichtrevolutionäre, die antirevolutionäre Politik der französischen KP in bezug auf den kapitalistischen Staatsapparat Frankreichs usw ist also die unvermeidliche, zwangsläufige Folge der "Volks"front. -

Die bankrotte Klique ist für die "Volks"front, dennoch "kämpft" sie gegen etwas, was die unvermeidliche, zwangsläufige Folge ist, der von ihr grundsätzlich gebilligten "Volks"front. Welche Demagogie! Welche Schwindelei diese Hexerei! - Gerade weil sie die "Volks"front halten will, treibt die KP Spaniens die Dinge im republikanischen Spanien von einem Rechtsruck zum andern (wohl unterstützt darin von der SP/RS) und genau so in Frankreich, genau so überall, denn überall treibt sie "Volks"front - politik, sogar in Österreich, Polen, Deutschland, Italien. Und da auch die SP(RS) überall dieselbe verräterische Bündnispolitik treibt, so wird durch die gemeinsamen Anstrengungen der SP(RS)/Stalinpartei in allen Ländern das kapitalistische Herrschafts- und Ausbeutungssystem immer wieder gefestigt, die Position der Arbeiter in allen Ländern, die Position des Weltproletariats fortgesetzt geschwächt. Gerade dies ist die Hauptursache, dass die Arbeiterschaft so darniederliegt, ja dass sie immer tiefer und tiefer gedrückt wird.

Noch ein Schwindeltrick der Bankrotteure.

Zugleich aber versucht die Klique folgendermassen wieder zu verwischen, dass sie für die verräterische "Volks"front ist:

"Für die Massen der kommunistischen Parteimitglieder bedeutet die Volksfrontpolitik nicht Rücksicht auf einzelne und angeblich demokratische Schichten der Bourgeoisie, sondern lediglich Mobilisierung der

Werkstätigen auch ausserhalb des Proletariats für ihre eigenen, mit denen des Kapitalismus unerträglichen Forderungen" (Seite 22). - Die Stalinbürokratie sucht die Kommunisten und die Arbeiter überhaupt über dem Verratscharakter der "Volks"front, der "Volks"frontpolitik zu täuschen, indem sie dieses verräterische Bündnis, diese verräterische Bündnispolitik betrügerisch als Mittel zur Mobilisierung der Werkstätigen auch ausserhalb des Proletariats für ihre eigenen, mit dem Kapitalismus unträglichen Forderungen, kurz als Mittel zur Herstellung des Bündnisses mit den Werkstätigen ausgibt. Die bankrotte Klique unterstützt diesen Stalinschwindel, indem sie das, was die Stalinbürokratie der kommunistischen Parteimitgliedschaft (und der Arbeiterschaft) vorlügt, indem sie eben diesen Stalinschwindel als Meinung, Wunsch, Willen der belogenen Mitgliedschaft (und Arbeiterschaft) ausgibt. Diesen Schwindel fortsetzend ruft die Klique:

"Was ist denn der Inhalt der Volksfrontpolitik? Bedeutet die Volksfront nicht die Zusammenfassung der Werkstätigen im Kampf gegen die schmale Schicht der Ausbeuter, bedeutet denn Volksfront nicht das Mittel, mit welchem das Proletariat die Unterstützung der nichtproletarischen Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie gewinnt?..... Revolutionäre Volksfrontpolitik ist ja nur ein neues Wort für die alte leninsche Taktik der Gewinnung der Massen der Werkstätigen als Bundesgenossen, ein Wort, das leider heute in den Reihen leitender kommunistischer Funktionäre zu den grössten opportunistischen Missverständnissen geführt hat.... Wer unter Volksfront die Front der Werkstätigen versteht, kann nicht dieser Auffassung sein (nämlich, dass der Kampf um die soziale Revolution die "Volks"front sprengt). Nur wer unter Volksfront ein Bündnis mit der Bourgeoisie, oder Mit wesentlichen Teilen der Bourgeoisie versteht, kann auf den Bedanken kommen, dass die Volksfront ein Instrument des Bündnisses mit der Bourgeoisie ist, ein Instrument der Unterordnung der werkstätigen unter die Ausbeuter und ihre Ordnung" (Seite 26/27).

Die "Volks"front ist ein Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie für eine bestimmte Zeit, sagte die Klique Seite 13, hier ist sie für die "Volks"front -- Auf Seite 26/27 sind nun die Bankrotteure plötzlich gegen die "Volks"front, gegen das Bündnis mit der Bourgeoisie, mit Teilen der Bourgeoisie. Das Bündnis mit den armen Mittelmassen in Dorf und Stadt, die darauf gerichtete Bündnispolitik ist notwendig - diese Selbstverständlichkeit nützt die Klique aus, um unter dem Mantel, es gehe ihr um das notwendige Bündnis mit den armen Mittelmassen, die kommunistische Mitgliedschaft, insbesondere deren linksoppositionell gestimmten Teil für die "Volks"front einzufangen, für das Bündnis mit der Linksbourgeoisie, für die darauf gerichtete verräterische Bündnispolitik.

Die Klique ist für die "Volks"front, für die "Volks"frontpolitik. Das, was den Reformismus, allen Opportunismus überhaupt am meisten kennzeichnet, ist die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, das bewusste Hinarbeiten auf das Bündnis mit der Bourgeoisie, mit Teilen der Bourgeoisie, das tatsächliche Unterstützen, Rückendecken, Mauermachen dieser Bündnispolitik. Wer heute die leninsche Politik des Bündnisses mit den armen, das heisst nicht ausbeutenden, sondern von der Bourgeoisie ausgebeuteten leinbuergerlichen, kleinbuergerlichen Massen mit einem "neuen Wort" "revolutionäre" "Volks"Front bezeichnet, der begeht ein bewusstes Verwirrungsmanöver, der macht der verräterischen Bündnispolitik der Stalinbürokratie sowie der RS(SP) tatsächlich die Mauer. -

Auf Seite 37 wirbt die Klique offen für die verräterische "Volks"front, sie stellt die französische "Volks"frontregierung hins als "eine Regierung unter starken Einfluss der Arbeiterklasse"....., während die "Volks"frontregierung in Frankreich, in Spanien und überall nichts ist als ein Instrument der Ausnützung der Kampfkraft der Arbeiterklasse zugunsten kapitalistischer Interessen mit Hilfe der SP(RS)/Stalinpartei.

Alles, was die Klique an der "Volks"front, für die sie grundsätzlich ist, aussetzt, ist deren unvermeidliche Folge. Ihre "revolutionäre" Kritik an der "Volks"front ist demagogischer Schwindel, den sie stellenjägerisch anwenden, um einer Reihe leitender kommunistischer Funktionäre grösste opportunistische Missverständnisse vorzuwerfen (Seite 26/27). Aber die "Volks"frontpolitik ist heute die Politik ausnahmslos aller kommunistischer Parteien, sie ist die Politik der kommunistischen Internationale, die geleitet ist von den Stalin = Co, von der Stalinbürokratie! -

Die Stellung der Bankrotteure zur "Volks"front strotzt von krassen

Widersprüchen. Würde es sich um unerfahrene Parteimitglieder handeln, so wären solche Widersprüche beim ersten Schritt nach links durchaus begreiflich, aber die branderistisch-ultralinken menschenwristischen Bankrotteure sind durchwegs alte Routiniers, die wissen, was sie wollen und tun: Sie treiben ein vollkommen bewusstes Spiel, um die linksoppositionell gestimmten Elemente zu verwirren, deren linksoppositionelle Bewegung für Stöckelzwecke der Bankrotteure auszunützen, nach rechts umzulenken und im übrigen zu zersetzen.

II. HAUPTAUFGABE UND TEILAUFGABE.

Die proletarische Weltrevolution ist die oberste, dauernde Hauptaufgabe des internationalen Proletariats, der proletarischen Partei, der proletarischen Internationale. Alle anderen Aufgaben, wie gross oder klein immer sie sein mögen, müssen sich dieser Aufgabe aller Aufgaben unterordnen, einordnen.

Die Sowjetunion ist der wichtigste Teil der proletarischen Weltfront, aber doch nur ein Teil. Die Verteidigung der Sowjetunion muss also untergeordnet, eingeordnet sein der ganzen Aufgabe, der Gesamtaufgabe, der proletarischen Revolution. In der Tat ist dies der einzige Weg, die Sowjetunion als proletarische Diktatur, als proletarischen Staat wirksam zu verteidigen.

Die Klique vertritt den entgegengesetzten Standpunkt, den Standpunkt der Stalinbürokratie. Als "Hauptaufgabe der gegenwärtigen Epoche", als "Hauptaufgabe des internationalen Proletariats" bezeichnet sie keineswegs die proletarische Weltrevolution, sondern - die Verteidigung der Sowjetunion (Seite 20). Wie der Stalinbürokratie, so ist auch der Klique die proletarische Weltrevolution der Verteidigung der Sowjetunion untergeordnet, die internationale proletarische Revolution ist ihr nichts als ein Mittel zur Verteidigung der Sowjetunion.

Die Klique steht also auf dem Boden der stalinischen "Generallinie", auf dem Boden von Stalins Aufbau des "Sozialismus in einem Lande", auf dem Boden von Stalins russischen National"sozialismus", der die nationalen Interessen die eigentlichen Macht- und Prindieninteressen der entartenden Stalinbürokratie überordnet der proletarischen Weltrevolution, diese tatsächlich preisgibt, dieser tatsächlich passiv und aktiv entgegenarbeitet. Die Klique steht zwar in heuchlerische Worten, keineswegs aber in der Tat auf dem Boden des proletarischen Internationalismus, sondern auf dem Boden von Stalins rein russischen Nationalismus, dessen "Kommunistische" Parteien, "Kommunistische" Internationale nur Instrumente sind, um die Kraft des internationalen Proletariats parasitisch für rein russisch-nationale Zwecke auszunützen unter Preisgabe der proletarischen Weltrevolution.

Der russische Aufbau war der Stalinbürokratie wichtiger als die proletarische Revolution: So führte sie 1925/27 die grosse chinesische Revolution in die Katastrophe; so führte sie 1928/33 das deutsche Proletariat in die Katastrophe. Sie sabotierte vollkommen bewusst die proletarische Einheitsfront, welche die Massen zur Revolution in Deutschland mobilisiert, den Faschismus niedergeschlagen hätte. Denn die proletarische Revolution in Deutschland hätte die Lieferung von Maschinen usw der deutschen Bourgeoisie an Russland, also den russischen Aufbau erschwert.

Der russische Aufbau war und ist der Stalinbürokratie wichtiger als die proletarische Revolution; um des russischen Aufbaus Willen, sit sie in allen kapitalistischen Staaten zur "Volks"frontpolitik übergesprungen, was in der zwangsläufigen Auswirkung praktisch bedeutet, dass sie in allen kapitalistischen Ländern tatsächlich der proletarischen Revolution entgegenwirkt (Verzicht auf die Propaganda auf die proletarische Diktatur; Verzicht auf revolutionäre Kolonialpolitik; Verzicht auf die Zersetzungsarbeit im kapitalistischen Heer; praktische Duldung der verbrecherischen Nichteinmischungspolitik gegenüber Spanien; Eintritt für die kapitalistische Armee, für die kapitalistische Polizei, für das kapitalistische Budget; Kampf für das faschistische Programm Mussolinis von 1920 usw, usw).

Für die stalinische "Generallinie", für Stalins Aufbau des "Sozialismus in einem Lande", für Stalins russischen National"sozialismus" sein und nun mit "rrrrrevolutionärer" Kritik auftreten gegen die unvermeidlichen politischen Folgen eben dieser Grundlinie, was ist das im Murde dieser alten

Routiniers anders als elende Demagogie, schmählicher Betrug? Es ist nach all dem vollkommen bewusste Heuchelei, wenn sie schreiben: "Für die Revolution im eigenen Land, das ist die Prüfungsfrage für den Revolutionär. Denn nur wer für die Revolution gegen die eigene Bourgeoisie kämpft, kämpft für die Weltrevolution" (33)....

Diese Heuchler erklären die Ursachen der Schwierigkeiten innerhalb der SU sei "auf internationalem Gebiet" zu suchen (20) und die internationalen Schwierigkeiten des revolutionären Proletariats seien "durch die Mängel in der Sowjetunion" (20) bedingt. Übersetzen wir diese bewusst verschwommene Sprache ins Deutsche, so erklären damit die Bankrotteure: Nicht die Stalinpolitik, nicht die Stalinbürokratie sei schuld an den Schwierigkeiten des internationalen Proletariats, sondern das internationale Proletariat sei schuld an den Schwierigkeiten der Sowjetunion, weil es ihr nicht durch proletarische Revolution zu Hilfe kommt.

"Alle diese Schwierigkeiten (der SU) können überwunden werden, wenn das Proletariat in seinen Ländern der SU zu Hilfe eilt die eigene Revolution vollbringt und so den Krieg seiner Bourgeoisie verhindert oder aber für den Fall, dass dieser Krieg nicht mehr verhindert werden kann, eine Umwandlung in den Bürgerkrieg vorbereitet". Ausgezeichnete Worte! Doch eben Worte, niederträchtige heuchlerische Worte: denn wer arbeitet in allen kapitalistischen Ländern der proletarischen Revolution tatsächlich entgegen? - Wer hemmt, hindert das Proletariat in allen Ländern, den proletarischrevolutionären Weg zu betreten, auf diesen Weg vorzumarschieren? Wer anders als die Stalinpolitik, die Stalinbürokratie, die das seit 1923 - 1933/34 dadurch besorgte, dass sie der Verratspolitik der SP tatsächlich die Mauer machte (Stalins Einheitsfront "nur von unten" - Preisgabe der organisatorischen Selbstständigkeit der KPChinas, Hineinzwingen derselben in die chinesische Nationalpartei, in die Kuomintang, wodurch die KPCh der Disziplin dieser kapitalistischen Partei unterworfen und ausserstande gesetzt wurde, proletarischrevolutionäre Politik zu treiben - "Rote" Einheitsfront - "Rote" Gewerkschaftslinie - "Rote" Tage - Sozial"faschismus" - bewusstes Sabotieren der proletarischen Einheitsfront durch lange Jahre usw.) --- Wer anders als die Stalinbürokratie, die seit 1934 sogar die Sozialdemokratie im verraten der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution übertrifft, immer weiter nach rechts rückt (Wendung zur "Volks"frontpolitik, zur kapitalistischen Vaterlandsverteidigung, zum Sozialpatriotismus, zur "Volks"frontpolitik sogar in faschistischen Ländern, zu den Stalinmorden an Sinowjew, Kamenjew, Piatakow usw.).

Durch all dies wird die Position des Weltproletariats und damit auch der Sowjetunion als eines proletarischen Staates geschwächt. Aber zugleich wird Sowjetrußland als proletarischer Staat durch dieselbe Politik von innen heraus geschwächt, durch die Stalinpolitik, durch die Stalinbürokratie, wodurch rückwirkend wiederum die Position des internationalen Proletariats geschwächt wird.

Unter Lenin hatten die russischen Kommunisten in der russischen KP, hatten die russischen Arbeiter im Betrieb, Gewerkschaft, Staat, die Kontrolle im Betrieb, Gewerkschaft, Staat, Partei - Die Stalinbürokratie hat die Parteidemokratie und die Arbeiterdemokratie restlos beseitigt, die russischen Arbeiter sind in Betrieb, Gewerkschaft, Staat, die russischen Kommunisten in der Partei tatsächlich vollkommen entrechtet, die Stalinbürokratie hat alle Rechte, alle Macht an sich gerissen; die Stalinbürokratie ist nicht Diener der Arbeiterklasse, sondern ist Herr, Herrscher, Beherrscher, Knechter der russischen Arbeiter. Die Machtstellung der russischen Arbeiterklasse wurde durch die Stalinbürokratie ausserordentlich geschwächt, das Kräfteverhältnis der Klassen wurde und wird in Rußland durch den Stalinismus immer mehr zugunsten der nichtproletarischen Schichten verschoben, der proletarische Klassencharakter des Sowjetstaates immer mehr untergraben. Aber die Stalinbürokratie ist zugleich Ausbeuter der russischen Arbeiterklasse.

Der Form sind die Eigentumsverhältnisse in der SU sozialistisch der Form nach wird dort die Produktion sozialistische organisiert - Aber was ist der Inhalt dieses angeblichen "Sozialismus"? Die Produktionsmittel sind in den Händen des Staates. Aber die tatsächliche Macht in diesem Staat ist der Arbeiterklasse entrissen, die Stalinbürokratie hat die Macht im Staat an sich gerissen und alle Vorteile des "sozialistischen" Eigentums, alle Vorteile der der Form nach sozialistischen Produktion

fliessen der privilegierten, eigensüchtigen, eigenmächtigen, korrupten, durch und durch entarteten, dem Proletariat sich immer mehr entfremdenden Stalinburokratie zu, die Rieseneinkommen bezieht, Vermögen ansammelt, ein ausgezeichnetes Leben führt, ihren Villen, ihre Autos usw. hat, während die russischen Arbeitermassen bis auf die Knochen ausgeschunden, ausgebeutet wird und im schwachvollen Hungerdasein dahinleben. Auch im Staat des ausgebauten kapitalistischen Staatsmonopols ist das Eigentum an den Produktionsmittel in der Hand des Staates vereinigt und die Produktion nach monopolistischen Plänen organisiert. Hier hat den ganzen Vorteil davon die monopolistische räuberische Bourgeoisie, dort die verräterische, schmarotzende monopolistische Stalinburokratie - In beiden Fällen wird die Arbeiterklasse geknechtet, ausgebeutet: Hier im Namen des Kapitalismus, dort im Namen eines angeblichen "Sozialismus". Die Stalinburokratie entwickelt aus sich heraus und um sich immer mehr neue Elemente einer neuen (aber monopolistischen) Ausbeuterklasse. Wird Stalin von rechts gestützt, so wird diese bürokratische Sippschaft, die ihm heute so "ergeben" ist, im Handumdrehen sich selbst den konterrevolutionären Sieger zur Verfügung stellen, sofern er nur ihre materiellen Interessen wahr, ihnen gutbezahlte, ehrenvolle Posten lässt. Die Stalinburokratie ist und wird stets dort sein, wo - die grösste Kasse ist.

Dennoch besteht vom proletarischrevolutionären Standpunkt noch immer ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen Staatsmonopolismus der Bourgeoisie und Staatsmonopolismus der Stalinburokratie. Wohl entwickelt die Stalinburokratie im proletarischen Staat Tendenzen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, die durch den verräterischen Stalinismus immer weiter ausgreifen; aber doch sind dies erst, wenn auch heute schon ausserordentlich weit vorgeschrittene Tendenzen, die das russische Proletariat im Bunde mit dem Weltproletariat noch immer durchkreuzen kann. Zwei Dinge sind dazu nötig:

Erstens: Die proletarischrevolutionäre Massenbewegung in den kapitalistischen Ländern. Damit diese wieder in Fluss kommen, ist unumgänglich nötig, dass sich die Arbeitermassen von dem hemmenden, hindernden, antirevolutionären verräterischen Einfluss der KP/KI, der SP(RS)/SI befreie, positiv ausgedrückt, dass sie sich ihre proletarischrevolutionäre Partei, ihre proletarischrevolutionäre Internationale, die Vierte Internationale schaffen.

Zweitens: Die proletarischrevolutionäre, die marxistisch-leninistische Linie muss auch die Sowjetunion wieder zur Geltung kommen, und die russische Arbeiterklasse muss zu ihren Rechten, zur Arbeiterdemokratie, die russischen Kommunisten müssen zu ihren Rechten in der Partei, zur Parteidemokratie kommen. Dadurch werden die russischen Arbeiter auch zu einem gerechten Anteil am Produktionsertrag kommen. Die antiproletarische, antirevolutionäre, antikommunistische Politik der Stalinburokratie muss liquidiert werden, dazu ist unumgänglich notwendig, dass die russischen Arbeitermassen die usurpatorische Stalinburokratie aus deren bevorrechteten Stellung stürzen und sich die proletarische Revolutionspartei als Glied der Vierten Internationale in Russland aufbauen.

Gegenüber dem Stalinismus hat der Trotzismus tausendmal Recht, Unrecht hat er gegenüber dem Leninismus, indem er durch den Eintritt trotzkistischer Organisationen zur SP die unumgängliche notwendige organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Organisation der proletarischen Revolutionäre preisgibt, mit all den nachteiligen Folgen, die sich aus diesen opportunistischen Schritt ergeben.

III. ULTRALINKSMENSCHENWISTISCHE MASKERADEN,

1). Von 1923/25 haben die Sinowjew-Stalin-RuthFischer-Maslow & Co ultralinksmenschenwistisch den Kampf zur Verteidigung der (bürgerlichen) demokratischen Republik überhaupt, das heisst grundsätzlich abgelehnt. Die SP zog daraus grössten Vorteil. Von 1925-1933/34 hat sich die Stalinburokratie dieser scheinradikalen Position bewusst bedient, um ihre opportunistische, verbrecherische Politik "revolutionär zu maskieren. Nach der Katastrophe 1933/34 hat die Stalinburokratie diesen scheinrevolutionären Tanz noch eine zeitlang fortgesetzt, bis sie dann schliesslich ihre wahre Position enthüllte: Preisgeben des Kampfes für die proletarische Revolution, Kampf ausschliesslich für die (bürgerliche) demokratische Republik.

Dagegen nun zieht die Klique "kritisch" von "links" her los, indem sie gegen den heutigen Stalinismus Stalins ultralinksmenschevistische Position von 1923-1933/34 bezieht (siehe Nr 3 von "Ziel und Weg"), statt für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen und diesen Kampf zu verknüpfen mit der proletarisch-revolutionären Kritik an der Politik der SP(RS)/Stalinpartei (insbesondere mit der proletarisch-revolutionären Kritik an der bürgerlichen Demokratie) und mit der beharrlichen Propaganda für die proletarische Diktatur und allen damit verbundenen proletarisch-revolutionären Lösungen wie insbesondere für die revolutionäre Lösung der Agrarfrage usw.

2). Die objektive konterrevolutionäre Rolle der SP ist außer Zweifel. Doch die Stalinbürokratie arbeitet daran seit 1923 wacker mit und einer ihrer wichtigsten Behelfe dabei (nach der berühmten Einheitsfront "nur von unten", der "Roten" Einheitsfront) war der Sozial"faschismus". Die Sozialdemokratie wurde von den Stalin & Co als eine Abart des Faschismus erklärt, mit der Sozialdemokratischen Partei lehnte die Stalin & Co auf Grund ihres Sozial"faschismus" jedes Bündnis, jede Einheitsfront, ja selbst nur das Verhandeln darüber ab. So halfen sie der SP, die proletarische Einheitsfront, die allein imstande gewesen wäre, den Faschismus niederzuschlagen, dauernd zu verhindern.

Selbst die gaunerische Stalinbürokratie wagt es heute nicht, sich zum Sozial"faschismus" zu bekennen, sie steht ja in kleinbürgerlicher Einheitsfront mit der SP(RS) und strebt die kleinbürgerliche Einheit mit dieser an, national und international. Um nun ihren Scheinangriff gegen die offizielle Stalinbürokratie einen "linken" Anstrich zu geben, kommt die Klique von "links" her, sie erklärt, als ob nichts geschahen wäre, den Begriff des Sozialfaschismus als historisch richtig (Seite 19).....

3). Das Bündnis ist ein Vertrag, den zwei Kräfte, die gewisse (wenn auch nur vorübergehende) gemeinsame Interessen haben, zum Kampf gegen eine dritte Kraft schliessen. Das Kompromis ist ein Vertrag, den zwei Kräfte, die auch vollkommen entgegengesetzte Interessen haben können, zwecks vorübergehender, teilweiser Kampfruhe auf dem Boden des zwischen ihnen weitergehenden Gesamtkampfes schliessen, wobei jeder Teil von seinen augenblicklichen Teilzielen etwas nachlässt (selbstverständlich ohne auch nur im geringsten den prinzipiellen Boden verlassen zu dürfen). Das Kompromis ist ein politischer Vergleich, der auch zwischen einander vollkommen feindlichen Kräften geschlossen werden kann, zwischen denen es nicht das geringste, auch nicht vorübergehende gemeinsame Interesse geben muss. (Bei einem Kompromis zwischen Freunden geht es nicht um grundlegende Gegensätze, sie können also durch Vergleich bereinigt werden; solche Kompromisse kommen im Parteileben oft vor). Ob, inwieweit, wie lange ein Kompromis taktisch zulässig ist, muss vom Standpunkt der proletarisch-revolutionären Zweckmäßigkeit beurteilt werden. Jedenfalls ist es grundsätzlich mit jedem zulässig, auch mit dem schärfsten Feind der Arbeiterklasse (zum Unterschied vom Bündnis, welches grundsätzlich zulässig ist nur, wenn und solange gemeinsame, wenn auch nur vorübergehende gemeinsame Interessen vorhanden sind).

Revolutionär gestimmte Arbeiterelemente pflegen in der Regel ihren ersten Schritt auf dem Weg nach links mit der Lösung des Kompromislosen Klassenkampfes zu beginnen, was durchaus verständlich ist. Wenn aber alte Routiniers, wie es diese Bankrotteure sind, rufen: "Nur der kompromislose Klassenkampf bis zur Eroberung der eigenen Diktatur im Staat kann die Arbeiter aus den Fesseln aller Folgen des Kapitalismus befreien" (Seite 12), so ist dies bewusster ultralinker Schwindel.

Die Klique will die stimmungsmässig, ideologisch noch unklare linksoppositionelle Bewegung nach rechts umbiegen, darum putzt sie sich mit ultralinken Schwindelfedern auf, um so die im Richtungskampf noch wenig erfahrenen linksoppositionell gestimmten Elemente leichter einzufangen und hereinzulegen.

IV. VERSCHLEIERUNG DER VERGANGENHEIT ZUM VERSCHLEIERN DES ZIELES.

Die Klique spricht nur von der heutigen verhängnisvollen Politik der Parteiführung (S 3/4)..... Die Beschleunigung der proletarischen Revolution, das sei "hisher in der Kommunistischen Partei entscheidend", (Seite 10) - demnach wäre also die Politik der KP/KI

seit 1923-25 richtig gewesen (begreiflich, denn diese verbrecherische Politik haben die ultralinken Menschewiken mit den Stalin & Co gemacht!);

demnach wäre also die Politik von 1925-1933/34-1936 richtig (begreiflich, denn diese verräterische Politik haben die Rechten, die Brandleristen, aber auch die ultralinken Menschewiken - diese mit Schwankungen - tatsächlich unterstützt, ja wie die Rechte in Österreich, zeitweise leitend) (faktisch mitleitend 1925-1927; sogar formell mitleitend 1927-1929) tatsächlich mitgemacht, tatsächlich in allem Wesentlichen unterstützt);

demnach wäre also richtig: die Einheitsfront "nur von unten"; die "Rote" Einheitsfront; die Verratspolitik am englischen Bergarbeiterstreik 1925; die verräterische Politik in der chinesischen Revolution 1925/27; die "Rote" Gewerkschaftslinie; die "Roten" Tage; die "Dritte" Etappe; die stalinsche "Generallinie"; der aufbau des (angeblichen) "Sozialismus" in einem Lande; der Sozialfaschismus" ("Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind" - "Sozialdemokratie und Nationalsozialismus sind faschistische Zwillingsbrüder!"); "Keine Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, sondern Sowjetdeutschland!"; "Antifaschistische Einheitsfront!"; "Programm der nationalen und sozialen Befreiung!"; die Verratspolitik, die zur Katastrophe in Deutschland und Österreich geführt hat, die "Volks"front; die auf Herstellung der "Volks"front gerichtete Politik; die Stalinmorde usw. usw., usw.....Es ist kein Zufall, dass sich die Klique über die gegen das Proletariat gerichteten Meuchelmorde an Sinowjew, Kamenjew, Piatakow aus-schweigt.

Die Klique spricht nur davon, dass "h e u t e in der Partei der demokratische Zentralismus sehr weitgehend ausgeschaltet ist"(4) und sie fordert "Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber dem Proletariat"(5). Ihr Heuchler, ihr Schwindler! Die ultralinken Menschewiken mit Sinowjew-Ruth Fischer-Maslow an der Spitze (und Stalin als Hauptanschieber im Hintergrund) waren es, die mit dem Zertrümmern der Parteidemokratie begonnen haben und so der mit ihr verbündeten Stalinklique überhaupt erst den Weg bereitete. Die Rechten aber, die 1925-1929 mit an der Parteileitung waren, haben zusammen mit der Stalinbürokratie die Parteidemokratie bis auf den letzten Rest erstickt, erdrosselt, zerstampft mit den schmutzigsten, korruptesten, demoralisierendsten, infamsten, vor keinem Mittel zurückschreckenden Methoden. Rechte und ultralinke Menschewiken haben auch sonst der Liquidierung der Parteidemokratie durch die Stalinbürokraten die Mauer gemacht, haben wiederholt erklärt, dass die bürokratische Diktatur der Stalinklique in Russland "infolge der Unreife der russischen Arbeiter" nötig sei. Diese Gesellen, die mit der Stalinklique zusammen durch lange Jahre Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber dem Proletariat tagtäglich bespuckt und mit Füßen getreten haben - bewusste schamlose Verdrehungen, Verleumdungen, Entstellungen, Fälschungen waren ihre beliebtesten Waffen - dieselben Gesellen, die dasselbe durch Jahre gegenüber der Parteimitgliedschaft betrieben hat, dieselben Gesellen fordern nun im Angesicht der linksoppositionellen Bewegung ehrlich revolutionär gestimmter Teile der Mitgliedschaft, als ob nichts geschehen wäre "Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber dem Proletariat".....Welche Heuchelei, welcher abgründiger Betrug!

V. DAS "OPPOSITIONS" ZIEL DER KLIQUE.

A. Die innerparteiliche Demokratie.

"Weil wir der Meinung sind, dass es bei wirklichem lebendigen demokratischen Zentralismus keine falsche Politik, sondern höchstens Fehler geben könnte, haben wir in Nr 1 unserer Zeitschrift geschrieben: Wir haben einen einzigen Programmpunkt, den Kampf um die innerparteiliche Demokratie", so wiederholt die Klique auf Seite 5.

Wer antiproletarische Politik treibt, wie das die Stalinbürokratie seit 1923 ununterbrochen tut, der ist infolge seiner Verratspolitik gezwungen, die innerparteiliche Demokratie zu beseitigen. Denn die proletarisch Bewussten, die proletarisch bewusstwerdenden Elemente müssen gegen die dauernde antiproletarische Politik auftreten und eben deshalb muss die verräterische Stalinbürokratie immer wieder gegen diese Elemente auftreten, die die Fortsetzung der stalinschen Verratspolitik verhindern und die proletarische Revolutionspolitik, die marxistisch-leninistische

Politik zur Geltung bringen wollen. Die politischen Wurzeln der Liquidierung der Parteidemokratie durch den Stalinismus, durch die Stalinbürokratie kann die Klique nicht aufzeigen, weil sie diese Politik in der Vergangenheit dem Wesen nach tatsächlich mitgemacht, unterstützt hat; weil sie diese Verratspolitik auch heute noch dem Wesen nach billigt, mit - macht, unterstützt.

Die Wiederherstellung der (Leninschen) innerparteilichen Demokratie ist unumgänglich, aber sie als Allheilmittel zu erklären, ist grundfalsch. Denn das heisst die führende Rolle zuschieben der durch die Stalinbürokratie belogenen, betrogenen, desorientierten, verwirrten und durch all dies zum Grossteil politisch tatsächlich urteilslos gewordene Parteimasse. Und eine Opposition, die es ehrlich und ernst meint, ist verpflichtet, der Parteimasse, der Partei im Angesicht der Arbeiterschaft positiv den konkreten politischen Weg zu zeigen. In welcher heuchlerischen, betrügerischen Weise sich die Klique, die die neue Opposition führt, dieser Aufgabe entledigt, haben wir bereits bewiesen, aber wir werden es noch viel gründlicher beweisen.

B. Taktische Fehler - oder grundsätzliches Zuwiderhandeln?

Das Programm der Komintern ist der revolutionäre Marxismus-Leninismus, erklärt die Klique auf Seite 22, obwohl der Kernpunkt des stalinschen Programms ist der Aufbau des (angeblichen) "Sozialismus" in einem Lande, der vollkommen widerspricht dem proletarischen Internationalismus, diesem marxistisch-leninistischen Fundamentalprinzip. Doch prüfen wir das Programm der Stalininternationale im Lichte ihres tatsächlichen politischen Verhaltens. Sie handelte und handelt durch die Stalinparteien. Was nun die Stalinparteien betrifft, so kritisiert die Klique "opportunistische in der Taktik Kommunistischer Parteien" (Seite 23) oder erklärt entschuldigend, der praktische Opportunismus "einzelner Parteileitungen" entspringe "taktischen Erwägungen", die die Klique allerdings nicht für richtig halte (S 21/22). Nach der Klique geht es also nur um taktische Fehler "einzelner Kommunistischer Parteien", "einzelner Parteileitungen", einzelner leitender kommunistischer Funktionäre", keineswegs um ein dem kommunistischen Programm grundsätzlich zuwiderlaufendes Handeln. Beschränken wir nun unter diesem Gesichtspunkt die Überprüfung auf dasjenige, was die Klique da "taktisch" verwirft:

1. Der Österreichischen KP wirft sie vor den praktischen Verzicht auf die Propaganda der proletarischen Diktatur - (tatsächlich betreiben ausnahmslos alle Stalinparteien diesen Verzicht!). Ist das ein taktischer Fehler? Hören wir darüber die "Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale", die unter Lenin 1920 auf dem 2. Weltkongress der KI angenommen wurden. In diesen Leitsätzen - bekannt unter dem Namen "Die 21 Bedingungen" heisst es:

"Der 2. Kongress der Kommunistischen Internationale stellt folgende Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale auf: Punkt 1. Die gesamte Propaganda und Agitation muss einen wirklichen kommunistischen Charakter tragen.... von der Diktatur des Proletariats darf nicht einfach wie von einer landläufigen eingepackten Formel gesprochen werden, sondern sie muss so propagiert werden, dass ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet werden und Tag für Tag ausgenützt werden müssen".

Daraus geht hervor: Der tatsächliche Verzicht auf die Propaganda der proletarischen Diktatur ist grundsätzliches Zuwiderhandeln gegen das kommunistische Programm, das mit der Zugehörigkeit zu Lenins Kommunistischer Internationale prinzipiell unvereinbar ist.

2. Der französischen KP wirft sie vor, den Verzicht auf die Zersetzungsarbeit im bürgerlichen Heer - tatsächlich betreiben ausnahmslos alle Stalinparteien diesen Verzicht; denn selbst in Italien, Deutschland, Polen, Österreich usw treiben sie keine proletarisch-revolutionäre Zersetzungsarbeit im bürgerlichen Heer.

Punkt 4 der "21 Bedingungen" erklärt ausdrücklich: "Der Verzicht auf eine solche Arbeit (auf die proletarisch-revolutionäre Propaganda im bürgerlichen Heer) würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht

gelichen und mit der Zugehörigkeit zur Dritten Internationale unvereinbar sein".

3. Der französischen und spanischen KP wirft sie vor den Verzicht auf revolutionäre Kolonialpolitik, - tatsächlich betrieben ausnahmslos alle Stalinparteien diesen Verzicht!

Punkt 8 der "21 Bedingungen" erklären ausdrücklich: "In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Partei in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitz von Kolonien ist und andere Nationen unterdrücken. Jede Partei, die der Dritten Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe "ihrer" Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten zu unterstützen, die Verjagung der einheimischen Kapitalisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der Arbeiterbevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der Kolonialländer zu führen".

Wir begnügen uns mit diesen drei Beispielen. Im Widerspruch zu ihren eigenen Behauptungen, es gehe nur um taktische Fehler, sagt die Klique an anderer Stelle: "Kann man es nur irgendwie mit unseren Prinzipien im Einklang bringen, dass die KP Frankreichs für die Kredite

an die Polizei stimmt, für jene Polizei, die in Cligny revolutionäre Arbeiter erschossen hat? Entspricht es den Lehren von Marx-Lenin, wenn die "Humanité", unserer französischen Parteiblatt, "es lebe die (kapitalistische) Armee!" schreibt, ja die Armee hochleben lässt, in der faschistische Offiziere kommandieren?!" - Solcher Widerspruch macht der Klique nichts, sondern sie schiebt solche Prinzipienverletzungen "einzelnen führenden Genossen", im besten Falle "einzelnen Parteileitungen" zu, die das noch dazu angeblich nur "aus taktischen Erwägungen" begehen

4. Zur Frage der "Volksfront", der "Volksfrontpolitik", dieser Politik der Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind, mit klassenfeindlichen Schichten, dieser Politik, die die Klique als prinzipiell richtig erklärt, sagen die "21 Bedingungen" im Punkt 7:

"Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des "Zentrums" anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich". Das Wesen des Reformismus, das erklärt Lenin wiederholt, besteht in der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, ob diese nun formell vereinbart oder nur reintatsächlich betrieben wird. ---

Es geht also nicht um taktische Fehler, sondern es geht um grundsätzliches Zuwiderhandeln gegen die Prinzipien des Kommunismus, was mit der Zugehörigkeit zu einer wahrhaft Kommunistischen Internationale prinzipiell, also absolut unvereinbar ist! Anders ausgedrückt: Die Zugehörigkeit zu den Stalinparteien, zur Stalininternationale, die dieses grundsätzliche Zuwiderhandeln gegen die Prinzipien des Kommunismus nicht nur dulden, nicht nur zulassen, ja dazu seit Jahren initiativ anleiten und immer wieder anleiten ist für jeden wahren proletarischen Revolutionär, ist für jeden wirklich Kommunisten grundsätzlich unzulässig, der Bruch mit diesen Verratsparteien, mit dieser Verratsinternationale ist kommunistische Pflicht! Das weist die die betrügerische, stellenjägerische Klique, eben darum muss sie das grundsätzliche Zuwiderhandeln vorschwindeln als bloße "taktische Fehler" (Nur zum Zwecke proletarisch-revolutionärer Fraktionsarbeit ist ein Weiterverbleiben in den Verratsparteien, in den Verratsinternationalen zulässig, welche Fraktionsarbeit aber nur dann als ernst proletarisch-revolutionär betrachtet werden kann, wenn sie in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit der selbstständigen und unabhängigen Organisation der proletarischen Revolutionäre durchgeführt wird).

C. "Fehler einzelner" - oder Verrat durch die Stalininternationale?

"Die Politik der Kommunistischen Internationale, trotz aller Fehler, die vorgekommen sind, war grundsätzlich richtig", erklärt die Klique (33), sie gibt "aus taktischen Erwägungen" entspringende opportunistische

"Husarenstücke" einzelner führender Genossen, einzelner Parteileitungen, einzelner Parteien zu, aber diese opportunistischen Fehler seien für die Komintern nicht wesentlich (Seite 21/22).

Zum Unterschied von der 2. Internationale, ist die 3. Internationale mit Recht zentralistisch organisiert. Im strengen Sinn gibt es nur eine Kommunistische Partei, die Weltpartei, die Kommunistische Internationale, die in den verschiedenen Ländern ihre Sektionen hat. Schon aus dieser Organisationsform ergibt sich zwingend, dass die Stalinparteien, deren Parteileitungen oder einzelne führende Genossen derselben keine Politik machen können, die der Linie der Stalininternationale widersprüche (siehe Punkt 16 der "21 Bedingungen"); daraus ergibt sich zwingend, dass die Politik der Stalinparteien, die Politik der Stalininternationale ist, mit deren Wissen und Willen unter deren Anleitung vollzogen wird; daraus ergibt sich zwingend, dass für alle "opportunistische Husarenstücke" die entscheidende Verantwortung die Stalininternationale trifft, daraus ergibt sich zwingend, dass die Politik der Stalininternationale durch und durch opportunistisch ist, den Grundsätzen des Kommunismus dauernd zu widerhandelt, vom proletarischen Klassenstandpunkt aus beurteilt, Verrat an der Arbeiterklasse, an der proletarischen Revolution treibt, dauernd betreibt.

D. Der letzten Endes Schuldige ist die Stalinbürokratie!

Wer führt die Dritte Internationale tatsächlich? Tatsächlich wird sie geführt durch die russische KP; solange Sowjetrussland der Schwerpunkt der proletarischen Weltfront ist, liegt das durchaus in der Natur der Sache. Aber die russische KP wird geführt von, ist restlos in der Hand der Stalinbürokratie. Für die dauernde opportunistische, verräterische Politik der Stalinparteien, der Stalininternationale ist letzten Endes verantwortlich die Stalinbürokratie, diese entartet, sich der Arbeiterklasse immer mehr entfremdende, verkleinbürgerlichte bürokratische Schmarotzerschichte.

Nach der Klique ist die Bedeutung der Arbeiteraristokratie (sogar in den Reihen der SP/RS) angeblich zurückgegangen (S. 21/22). Nun ist ein Teil der verkleinbürgerlichten Arbeiteraristokratie, dieses einen Teiles der Kopfschicht der SP(RS)/Stalinpartei ins faschistische Lager hindübergewechselt (das gilt auch für einen Teil der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie); aber die "Bedeutung" des verkleinbürgerlichten Teiles der Arbeiteraristokratie (und darüber hinaus der Arbeiteraristokratie überhaupt) ist keineswegs gesunken, ja sie nimmt sogar zu. Die Stalinpolitik zum Beispiel züchtet mit aller Kraft Arbeiteraristokraten (Stachanowisten usw), die den zehn- bis zwanzigfachen Lohn des einfachen Arbeiters bekommen, Antreiber nach fordschem Muster, die der Arbeiterklasse entfremdet, ins kleinbürgerliche gehoben, gegen sie ausgespielt werden und mit den Ausbeutern gegen die Arbeiterklasse.

Wohlweislich schweigt sich die Klique über die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie aus, diese Hauptquelle des Opportunismus, des Arbeiterverrates. Begreiflich, gehört doch die Klique gerade dieser Schichte an, sie steht heute - gegen ihren Willen - sozusagen "in Reserve" und ihr ganzer oppositioneller Kampf dient dem Zwecke, wieder in den aktiven Teil der Stalinbürokratie einbezogen zu werden, wieder zu Macht, Einfluss, Geltung und den damit verbundenen höheren und hohen Bezügen zu kommen in der Stalinhierarchie, dient mit einem Wort der Stellenjagderei.

E. Ist die Gesundung der KP/KI möglich?

Sie ist unmöglich! Warum?

1. Weil die Stalinbürokratie jeden, der ehrlich, ernstlich die Politik der KP/KI auf die leninsche Linie zurückführen will verleumdet, mundtot macht, ausschliesst, wo sie kann ums Brot bringt, ins Gefängnis bringt, ja meuchlerisch ermordet (nachdem sie ihm vorher auf das gründlichste mit Stalinjauche überschüttet hat). Tausende ehrliche proletarischen Revolutionäre in Russland wurden so im Laufe der Jahre von der Stalinbürokratie in Russland meuchlerisch gemordet. Ausserhalb Russlands arbeitet die Stalinbürokratie vor allem mit Verleumdung und Ausschluss, ohne vor schärferen Mitteln zurückzuschrecken.

2. Die Stalinbürokratie treibt ihre, das Proletariat, die proletarische Revolution preisgebende Politik schon seit 1923. Schliesslich führte diese Politik zu der grössten Katastrophe, die die Weltarbeiterklasse bisher erlitten, zur faschistischen Katastrophe in Deutschland. Selbst angesichts dieser ungeheuren Niederlage hat sich die Stalinbürokratie nicht geändert: Zuerst log sie die Katastrophe als "Sieg" vor; dann schrieb sie "unsere (stalinsche) Politik vor, im und nach dem Hitlerumsturz war richtig" (das schreibt die "oppositionelle" Klique sogar heute); dann "wendete" sie zum "Volks"frontverrat, zum Sozialpatriotismus, zu den Stalinmorden usw.

Die Stalinbürokratie ist nicht zu ändern, sie ist endgültig entartet, endgültig aus dem Proletariat ins Kleinbürgertum hindbergewechselt, sie ist verkleinbürgerlicht und in Russland beginnt sie aus sich heraus und um sich herum Elemente zu einer neuen (aber monopolistischen) Ausbeuterklasse zu entwickeln.

Alle noch so ehrlichen Anstrengungen zur Gesundung der Stalin KP/KI - wie viele Kräfte seit 1923 haben sich ehrlich, aber vergeblich darum bemüht! - sind Kraftvergeudung. Jedem, dem es ernst um die proletarischen Klasseninteressen, um die proletarische Diktatur, um die proletarische Weltrevolution geht, der darf heute nicht Kraft vergeuden, nicht Zeit verlieren, sondern muss die ganze Kraft konzentrieren auf die Schaffung dessen, was dem Proletariat vor allem fehlt, auf die Schaffung der proletarischen Klassenpartei, der proletarischen Klasseninternationale, der Vierten Internationale. Die proletarischen Revolutionäre müssen sich grundsätzlich trennen von den Schmarotzern der Arbeiterbewegung, von den schmarotzenden Parteien, von der RS(SP)/SI, aber auch von der stalinschen KP/KI, ohne sich durch das heuchlerische "Spaltungs"geschrei der Schmarotzer, Schmarotzerparteien, Schmarotzerinternationalen, die durch ihre Koalitions-, "Volks"frontpolitik die Spaltung der proletarischen Klassenkraft tatsächlich planmässig und bewusst immer weiter treiben, auch nur einen Augenblick lang täuschen, aufhalten zu lassen.

Selbstverständlich müssen die proletarischen Revolutionäre in den kleinbürgerlichdemokratischen Parteien weiter arbeiten, aber nicht um sie zu "gesunden", was klassenmässig und organisatorisch unmöglich ist, sondern um die revolutionäre Klärung der von den parasitischen Parteien verführten, ihnen noch folgenden Arbeitermassen und deren Überleitung auf die proletarische Klassenlinie unter die Führung der zu schaffenden proletarischen Klassenpartei zu erleichtern, zu fördern, zu beschleunigen. Es versteht sich, dass sie diese notwendige revolutionäre Arbeit wirksam nur erfüllen können, indem sie kameradschaftlich Hand in Hand arbeiten mit der selbstständigen, unabhängigen Organisation der proletarischen Revolutionäre, mit dem KAMPFBUND ZUR BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE!!!

Sie dürfen sich nicht schrecken lassen durch das betrügerische Geschrei der Verführer über "Isolierung": Lieber zusammen mit den wirklichen proletarischen Revolutionären nur in tausendstel Millimeter vorwärts auf der proletarischen Klassenlinie, als in tausenden Kilometern "vorwärts", das heisst in Wahrheit rückwärts, auf der Verratslinie der stalinschen KP/KI, der RS(SP)/SI!

VI. FÜR DIE HERAUSBILDUNG DER PROLETARISCHEN REVOLUTIONSPARTEI!

Da und dort findet man in den Argumenten der Klique gar manches richtige Wort, gar manche treffende Bemerkung. Bäten sie ausschliesslich Lug und Trug, so würde sie selbstverständlich der unerfahrenste ehrlich gestimmte Arbeiter rasch durchschauen. Es kommt nicht an auf diese einzelnen "richtigen" Rosinen, sondern auf die Natur des ganzen Kuchens, worin sie stecken, mit einem Wort auf die tatsächliche Grundlinie. Mögen die Phrasen noch so "kommunistisch" sein, in Wirklichkeit ist die Grundeinstellung der Klique antikommunistisch, nämlich eben stalinistisch.

Es ist ganz und gar nicht ausgeschlossen, dass diese Stalinbürokraten in Reserve in direktem Einverständnis, in direktem Auftrag der aktiven Stalinbürokratie die neue Opposition aufziehen, "oppositionell" handeln, um die überall aufkeimende linksoppositionelle Stimmung, Bewegung in der Mitgliedschaft, in der Gefolgschaft der Stalinparteien zu

verführen, zu zersetzen, zu liquidieren, Lasst euch weder durch die schärfsten Wortgefechte, noch selbst durch "Maskierungen" täuschen! Die Stalinbürokratie versteht ganz andere Suppen zu brauen! Diese gaunerische Sippschaft, die imstande war, das Gaunerkunststück der "faschistischen" Geständnisse eines Sinowjew zustandezubringen, die ist zu jedem beliebigen noch so gaunerischen Kunststück fähig.

Nicht nur in der Stalinpartei, sondern auch in der RS(SP) greift die Unzufriedenheit in der Mitgliedschaft um sich. Es ist nach der Februarkatastrophe die erste allgemeine Welle des noch unklaren, aber richtigen Fühlens der Arbeiterschaft, dass es mit der Politik der sich als revolutionäre Parteien ausgebenden KP/RS(SP) nicht stimmt. Dieser Prozess ist ein wichtiger Schritt nach vorwärts, aber er birgt zugleich eine grosse Gefahr in sich; denn wenn nicht eine ernstlich proletarisch-revolutionäre Achse entsteht, um die sich die Arbeitermassen beginnen können zu sammeln, so würde die Lethargie noch weiter um sich greifen, so würde gar der Faschismus Boden in den verzweifolten Arbeitermassen finden. Lernt aus den Niederlagen vom 15. Juli 1927, vom Februar 1933/34, lernt aus den proletarischen Katastrophen! Lasst euch nicht durch noch so "revolutionär" klingende Worte blenden! Prüft, prüft gründlich, so werdet ihr erkennen, dass die Stalin KP, die RS(SP) in der Auswirkung ihrer auf das Bündnis mit der linksbürgerlichen Schichten ausgerichteten Bündnispolitik ihrer Politik überhaupt tatsächliche Stützen sind dieses vaterländisch-faschistischen Regimes, das die Arbeiter versklavt, die Hungerlöhne immer tiefer drückt, die Arbeitsleistung, die Ausbeutung immer höher treibt und dass sie durch eben diese Politik der Auswirkung nach dem National "sozialismus" tatsächlich die Bahn bereiten, in die Hände arbeiten.

Die Herausbildung der proletarischen Klassenpartei ist heute die allentscheidendste Frage der Arbeiterklasse überhaupt. Die ehrlich revolutionär gestimmten Arbeiter dürfen nicht Kraft, nicht Zeit verlieren nach falscher Richtung, sondern sie müssen ernstlich und gründlich die Frage bis ans Ende prüfen. So werden sie das wahre Wesen der Verratsparteien, der Verratsinternationalen, aber auch deren Helfern wie zum Beispiel das Wesen dieser "Oppositionellen" Stellenjägerkligue durchschauen, werden aus ihrer geklärten Erkenntnis die revolutionäre Konsequenz ziehen bis ans Ende und werden helfen aufzubauen das, was heute der Arbeiterklasse vor allem fehlt: die Führung des Gesamtkampfes der Arbeiterklasse, das ist die proletarische Klassenpartei!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Briefkasten: BH 29. Alle proletarische Politik muss sich immer und ausnahmslos auf der Linie der proletarisch-revolutionären Grundsätze bewegen oder sie hört auf, proletarische Politik zu sein. Kompromisse (zum Unterschied von Bündnissen) darf die proletarische Partei mit jeder andern Partei (Klasse, Klassenschichte) schliessen, auch wenn die Interessen dieser Klasse, Klassenschichte, Partei den Interessen des Proletariats vollkommen widersprechen. Doch selbstverständlich muss sich jedes Kompromis (selbstverständlich auch jedes Bündnis usw), das die proletarische Partei schliesst, stets und ausnahmslos innerhalb der procl.-rev. Grundsätze bewegen: die procl. Partei darf bei einem Kompromis Zugeständnisse machen in Augenblicksfragen, Tagesfragen, vorübergehenden Interessen, niemals jedoch in den dauernden gemeinsamen Interessen der Arbeiter, niemals also in proletarischen Klasseninteressen, also niemals in den procl.-rev. Grundsätzen (sie darf also niemals Zugeständnisse machen z.B. im proletarischen Klassenkampfprinzip, im Prinzip des procl. Internationalismus, im Prinzip der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Organisation der procl. Revolutionäre, der procl. Partei, im Prinzip der procl. Diktatur usw, usw). - Darüber hinaus aber muss immer vom Standpunkt der proletarisch-revolutionären Taktik, das ist vom Standpunkt der procl. Zweckmässigkeit geprüft werden 1. ob in einer bestimmten Lage ein sich innerhalb der procl.-rev. Grundsätze haltendes Kompromis zweckmässigerweise überhaupt zu schliessen ist, 2. wie weit es zu schliessen ist (wie weit ein Entgegenkommen in Augenblicksfragen in einer bestimmten Lage überhaupt zweckmässig ist) und 3. für wie lange.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Berichtigung: In der ARBEITERMACHT vom Juni soll es Seite 14, zweiter Absatz von unten richtig heissen: "So unzulänglich der Kampf der Proum"

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX